

Die Fragen stellte Alina Rapoport, Studentin der Politikwissenschaft an der FU Berlin.

### **Alina Rapoport:**

*Frau Bundeskanzlerin, in einer Woche findet die UN-Konferenz in New York statt, auf der die Staats- und Regierungschefs die 2030-Agenda zu den nachhaltigen Entwicklungszielen verabschieden. Demnach soll es 2030 keine Armut mehr geben, die Wirtschaft soll prosperieren und die Umwelt geschützt werden. Was antworten Sie Ihren Kritikern, die sagen, diese Agenda ist zu umfangreich, die Ziele zu allgemein formuliert?*

### **Bundeskanzlerin Merkel:**

Ich antworte, dass ich glaube, dass es eine gute Weiterentwicklung der „Millenniumsentwicklungsziele“ ist. Wir haben in den letzten 15 Jahren nicht alles erreicht, aber doch manches erreicht. Die Müttersterblichkeit, auch die Kindersterblichkeit ist halbiert worden. Die weltweite Armut konnte auch halbiert werden. Aber das heißt natürlich, dass immer noch sehr, sehr viele Menschen arm sind. Jetzt ist man einen anderen Ansatz gegangen: In den letzten 15 Jahren gab es Ziele für die Entwicklungsländer. Die waren zugegebenermaßen sehr präzise. Jetzt hat man gesagt: Alle müssen sich an das nachhaltige Leben gewöhnen, alle müssen Schritte dahin machen. Das heißt, es gibt gemeinsame Ziele für Entwicklungs- und für Industrieländer. Und das ist die neue Qualität der sogenannten nachhaltigen Entwicklungsziele – Sustainable Development Goals. Das hat den Preis, dass manches erst mal allgemein aussieht. Aber man wird in der konkreten Umsetzung dann auch sehr spezifische Ziele festlegen. Und deshalb glaube ich, dass es ein großartiger Schritt ist, dass sich die ganze Welt jetzt vorgenommen hat, einen Beitrag dazu zu leisten, dass wir nachhaltig, umweltbewusster und auch gerechter leben können.

*Die Agenda 2030 beruht auf Freiwilligkeit. So kann jeder Staat unterm Strich selbst entscheiden, welche Probleme er angeht und welche nicht. Wie kann sichergestellt werden, dass die Staats- und Regierungschefs Armut oder die Folgen des Klimawandels auch tatsächlich angehen?*

Ich glaube, die Erfahrung der letzten 15 Jahre zeigt, auch wenn es freiwillige Vorhaben sind, dass uns doch viel gelungen ist. Wir haben unsere Verpflichtungen in der Entwicklungspolitik, wir haben große internationale Stiftungen, wir haben große internationale Organisationen – wenn ich zum Beispiel an die die Impfallianz Gavi denke –, die viel, viel erreicht haben, wo die Staaten regelmäßig ihren Beitrag leisten, auch finanziell. Das heißt, ich glaube schon, dass die offensichtlichen Probleme so gravierend sind, dass wir uns gemeinsam anstrengen werden, auch sehr, sehr konkret zu arbeiten.

*Die Finanzierung der nachhaltigen Entwicklungsziele wird viel mehr öffentlicher Mittel bedürfen als zuvor. Deshalb haben sich die Industrieländer darauf geeinigt, 0,7 Prozent ihrer*

*Wirtschaftsleistung für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Deutschland ist mit 0,4 Prozent noch weit davon entfernt. Müssen wir, wenn uns die Umsetzung der 2030-Agenda so wichtig ist, nicht mehr in Entwicklungszusammenarbeit investieren?*

Wir haben uns auch dem 0,7-Ziel verpflichtet. Und was ich Positives sagen kann, ist: Dass wir alleine für den Haushalt des nächsten Jahres über 800 Millionen Euro mehr ausgeben werden für das Thema der Entwicklungshilfe; das ist ein riesen Sprung. Und allein bis 2020 werden das über acht Milliarden Euro mehr sein als heute. Und so werden wir Schritt für Schritt unseren Beitrag leisten. Und wir gehören damit auch unter die ersten drei großen Gebernationen der Welt. Ich glaube, Deutschland kann sich mit seiner Entwicklungszusammenarbeit sehen lassen, vor allen Dingen auch mit den Steigerungsraten in den letzten Jahren.

*Das Besondere an der Agenda 2030 ist auch, dass sie für alle Länder gleichermaßen gilt – für Entwicklungs-, für Schwellen- und für Industrienationen. Inwiefern wird Deutschlands Beitrag daran bemessen werden, wie gut wir die Energiewende in Deutschland umsetzen; und das in Anbetracht dessen, dass sie in letzter Zeit etwas ins Stocken geraten ist?*

Ich glaube, dass die Welt darauf schaut, wie wir die Energiewende bewältigen. Ich glaube, dass wir zu Beginn des Sommers wichtige Entschlüsse und Beschlüsse gefasst haben, was den Netzausbau anbelangt, was die Erreichung unseres 40 Prozent-Reduktionsziels bis 2020 anbelangt, und auch was die Korridore für die erneuerbaren Energien anbelangt. Das heißt, wir haben heute schon eine Situation, in der die erneuerbaren Energien die größte Säule unserer Energiewirtschaft sind. Aber es ist richtig: Wir haben noch viel zu tun. Wir haben zum Beispiel Rückstand im Ausbau der Netze. Und es ist natürlich nicht gut, wenn die Offshore-Windenergie, wenn die Onshore-Windenergie immer mehr an Bedeutung gewinnt, und die erzeugte Energie dann nicht in Richtung Süden abfließen kann. Und deshalb haben wir es uns gerade nicht leicht gemacht bei der Entscheidung für die großen Gleichstromübertragungsnetze. Aber da sind jetzt die grundsätzlichen Entscheidungen gefallen. Die Welt wird uns weiter verfolgen, und ich bin ganz überzeugt davon, dass es uns auch gelingen kann, diese Energiewende zu einem guten Ergebnis zu führen.